

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Raphael Weyland (Hamburg-Nord KV)

Änderungsantrag zu EP-U-01

Von Zeile 443 bis 449:

Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen ~~muß~~soll ausschließlich die über gesetzliche Standards hinausgehenden Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für das Gemeinwohl fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder weiche“ eröffnen. Öffentliche Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und Umwelt nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, ~~oder~~ eine artgerechte und eine flächengebundene Tierhaltung würden dann gezielt unterstützt. Gleiches gilt beispielsweise für Betriebe, die weniger oder gar keine Pestizide einsetzen, ~~unser Wasser sauber halten, würden also deutlich mehr Förderung bekommen als~~ oder Naturschutzmaßnahmen durchführen. Die bisher überwiegend an der Fläche anknüpfende Förderung, die vor allem industriell wirtschaftende Betriebswirtschaftenden Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrar-Zahlungen noch rechtfertigen.

Begründung

Zur zukünftigen GAP, die immer noch den Großteil des EU-Budgets ausmachen wird: Änderungsbedarf sehe ich bezüglich des „deutlich mehr“, denn es impliziert, dass industriell wirtschaftende Betriebe auch zukünftig eine Förderung bekommen sollen, im Widerspruch zum Postulat „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“. Um nicht nur in der Problemanalyse zu verharren, sondern konkrete Lösungen aufzuzeigen, sollten wir m.E. klarstellen, dass zukünftig nicht mehr das bloße Eigentum an Fläche subventioniert wird („Erste Säule“-Direktzahlungen), sondern nur gezielte Maßnahmen zur Transformation der Landwirtschaft (Investitionshilfen und einkommenswirksame Anreize, die über gesetzliche Standards hinausgehen). Dies entspricht auch der bereits 2015 von Robert Habeck und Martin Häusling vorgelegten Position (<https://www.martin-haeusling.eu/themen/eu-agrarreform/1686-age-interview-zur-gap-reform-agrarpolitik-ist-keine-sozialpolitik.html>). Das "Wasser sauber halten" etc. sollte hingegen bereits durch Beachtung der gesetzlichen Standards/des Ordnungsrechts erfolgen und nicht extra honoriert werden.

weitere Antragsteller*innen

Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Konstantin Kreiser (Potsdam KV); Daniel Kosak (Lüneburg KV); Sebastian Lakner (Göttingen KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sebastian Strumann (Soest KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Rasmus Andresen (Flensburg KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV); Jonathan Worth (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Erik Sachtleber (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Henrike Hahn (München KV); Silvia Bender (Berlin-Pankow KV); Harald Ebner

(Schwäbisch Hall KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV); Johanna Haffner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Daniela Wannemacher (Berlin-Neukölln KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Renate Künast (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Johannes Kalbe (Rostock KV); Marc-Oliver Pahl (Berlin-Mitte KV); Maria-Elisabeth Fritzen (Ostholstein KV)